

II- 2233 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR BAUTEN UND TECHNIK**

Zl. 43.127-Präs A/73

Anfrage Nr. 1044 der Abg. Kittl und Gen.  
betr. Erstellung von Wohnbauprogrammen  
durch die Länder gem. § 25 des Wohnbau-  
förderungsgesetzes 1968, BGBl. Nr. 280/1967,  
in der Fassung der Novelle, BGBl. Nr. 232 vom  
30. Mai 1972.

1045/A.B.

zu 1044/J.  
Präs. am 16. März 1973

Wien, am 23. Februar 1973

An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Anton B e n y a  
Parlament  
1010 W i e n  
-----

Auf die Anfrage Nr. 1044, welche die Abg. Kittl und  
Genossen in der Sitzung des Nationalrates am 24. Jänner 1973, be-  
treffend Erstellung von Wohnbauprogrammen an mich gerichtet ha-  
ben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Frage 1:

Sind dem Bundesministerium für Bauten und Technik  
bereits Mitteilungen zugegangen, wonach Länder die im Gesetz vor-  
gesehenen Wohnbauprogramme erstellt haben.

Zu 1:

Bereits im vergangenen Jahr wurden im Rahmen einer  
Länderkonferenz der Wohnbaureferenten die mit der Novelle zum Wohn-  
bauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 232/1972, eingetretenen Änderungen  
der Wohnbauförderung, insbesondere auch die Erstellung der zeitlich und  
räumlich gegliederten Wohnbauprogramme für jeweils fünf Jahre, eingehend  
behandelt. Meinem Ressort wurde die Vorlage der Wohnbauprogramme  
nach ihrer Fertigstellung zugesagt.

Frage 2:

An welche Maßnahmen denkt das Bundesministerium für  
Bauten und Technik, wenn die Erstellung der Wohnbauprogramme ver-  
zögert wird.

Zu 2:

Die Länder sind derzeit mit der Ausarbeitung dieser  
Wohnbauprogramme beschäftigt. Sollten sich effektive Schwierigkeiten  
bei der Erstellung dieser Wohnbauprogramme ergeben, so werde ich

-2-

zu Zl. 43.127-Präs A/73

nach Einlangen der entsprechenden Berichte der Länder die Sachlage einer Prüfung unterziehen.

Frage 3:

Rechnet das Bundesministerium für Bauten und Technik im Falle der Inangriffnahme grösserer Wohnbauprojekte durch die Länder mit einer Senkung der Wohnbaukosten.

Zu 3:

Ich stimme den Anfragestellern bei, dass die Länder ihr besonderes Augenmerk auf die Förderung grösserer Wohnhausanlagen richten sollen, weil dadurch der Anteil der Kosten einer Wohnung an den Gesamtbaukosten gesenkt werden kann. Voraussetzung dafür sind allerdings in erster Linie entsprechende Begehren der Bauträger.

